

INTELLIGENTE SANKTIONEN DES WESTEN WIRKEN

Peter Kasnatschejew
ÖKONOM



lange Zeit wurden westliche Sanktionen in Russland bestenfalls als wirkungslos und ineffektiv gesehen. Der kürzliche Stopp der gemeinsamen Arbeiten am Bohrloch „Universitetskaja“ von Rosneft und ExxonMobil im arktischen Schelf der Karasee markiert nun einen Wendepunkt in dieser Diskussion.

Der Abbruch der Kooperation der größten Ölkonzerne Russlands und der Vereinigten Staaten ist eine Folge der dritten Sanktionsrunde der USA und der EU, die unter anderem den Export von Ausrüstung untersagt, die für Arbeiten im arktischen Schelf notwendig ist. In jüngster Zeit hat sich Russlands Sichtweise auf die Sanktionen eindeutig gewandelt. Nun ist klar geworden, dass sie durchaus spürbare Auswirkungen – auch auf den Energiesektor – haben können. Die ersten beiden Sanktionsrunden waren eher symbolischer Natur. Eine Verschärfung der Visabestimmungen, ein Verhandlungsstopp über Russlands Beitritt zur OSZE, Einreiseverbote für eine Reihe russischer Beamter und Geschäftsleute etc.: Diese Maßnahmen waren wirtschaftlich kaum effektiv.

Darüber hinaus schien Russland immun gegen das sogenannte „Iranische Szenario“, sprich ein Verbot von russischen Ölexporten nach Europa. In der globalisierten Welt hätte Russland sein Öl ohne große Verluste auf andere Märkte umleiten können, allen voran nach Asien, auch wenn dies einige Monate in Anspruch genommen hätte. Solche Sanktionen wären kaum produk-

tiv gewesen. Auch die Diskussion um eine Senkung der Gasimporte durch Europa lief ins Leere. Dieser Schritt hätte Jahre in Anspruch genommen, denn die europäischen Staaten sind stark von Russlands Gaslieferungen abhängig. Großangelegte Sanktionen im Gasbereich wären also ebenfalls kaum praktikabel.

Nun zeigt sich, dass es doch einen Weg gibt, der am Anfang der Auseinandersetzung von kaum jemandem in Betracht gezogen wurde. Dabei handelt es sich um „intelligente Sanktionen“, die nicht auf einem totalen Handelskrieg gründen, sondern auf punktuellen Maßnahmen. Das Ziel ist, die Energiewirtschaft unmittelbar unter Druck zu setzen, um die Produktion von Kohlenwasserstoffen zu

Russische Unternehmen haben sich bis vor kurzem unbeeindruckt von den finanziellen Strafmaßnahmen des Westens gegeben. Letztlich mussten sie ihren Einfluss dennoch spüren

reduzieren und somit auch Russlands Staatseinnahmen. Genau diese Maßnahmen sind der Kern der dritten Sanktionsrunde seitens der USA und der EU, die im August beschlossen und im September um weitere Maßnahmen ergänzt wurde. Diese Sanktionen betreffen eine ganze Reihe von Russlands größten Unternehmen sowie ganze Wirtschaftsbranchen. Auf den Energiesektor wirken sich vor allem Exportbeschränkungen für spezielle Ausrüstungen und Technologien aus sowie die Sanktionen im finanziellen Bereich – namentlich der verwehrt Zugang zu langfristigen Krediten.

Das Hauptziel des Embargos auf den Export von Ausrüstungen und Technologien sind nicht die laufenden Projekte, sondern Vorkommen, deren Förderung in wenigen Jahren beginnen könnte, um die sinkende Produktion der alten Lagerstätten zu kompensieren. Mit der Zeit nimmt in Russland der Anteil der schwer förderbaren Ressourcen zu. An den neuen Vorkommen beträgt dieser bereits mehr als 50 Prozent.

Bei der Förderung dieser Vorkommen ist die Kooperation mit ausländischen Unternehmen besonders wichtig. Nach Berechnungen des Zentrums für Rohstoffwirtschaft der Russischen Akademie für Volkswirtschaft ist Russland

bei horizontalen Bohrungen zu 56 Prozent von ausländischen Servicegesellschaften abhängig. Beim Fracking beträgt die Abhängigkeit sogar 93 Prozent. Ebenfalls von essenzieller Bedeutung ist die Teilnahme ausländischer Unternehmen an Projekten im arktischen Schelf. Ohne sie könnte die Entwicklung dieser Vorkommen auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Die Wirksamkeit der Sanktionen in diesem Bereich gründet in der starken Abhängigkeit des russischen Energiesektors von den internationalen Finanzmärkten und ausländischen Darlehen. Russische Unternehmen haben sich noch bis vor wenigen Wochen unbeeindruckt von den finanziellen Strafmaßnahmen des Westens gegeben. Letztlich mussten sie ihren Einfluss dennoch spüren. Im August hat der Chef des Ölförderers Rosneft, Igor Setschin, die Regierung um einen Staatskredit in Höhe von 44,5 Milliarden US-Dollar gebeten – eine Summe, die in etwa der damaligen Nettoverschuldung von Rosneft entsprach. Russlands zweitgrößte Ölgesellschaft Lukoil hat ihrerseits angekündigt, Ausgaben herunterzufahren – ebenfalls wegen der Schwierigkeiten bei der langfristigen Finanzierung ihrer Darlehen.

Die Einführung solcher Maßnahmen zeigt, dass der Westen zu einem harten und langen Grabenkampf mit Russland bereit ist. Es geht nicht darum, schnell und hart zuzuschlagen, sondern vielmehr um stetig wachsenden Druck. Die „Intelligenten Sanktionen“ wurden so angelegt, dass sie die Interessen der europäischen Länder nur minimal treffen. Grundsätzlich hat das funktioniert, denn ein Anstieg der Preise für Öl und Gas blieb aus. Vielmehr sinkt der Ölpreis seit Juli dieses Jahres. Langfristig allerdings sind die Wirkungen der Maßnahmen ungewiss. Klar ist, dass eine Verschärfung des Konflikts zwischen Russland und dem Westen gezielte Sanktionen immer schwieriger macht. Die Gesetze der Wirtschaft sind unerbittlich. Im Endeffekt leiden beide Seiten, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Peter Kasnatschejew ist Leiter des Zentrums für Ressourcenökonomie der Russischen Akademie für Volkswirtschaft.



NATALIA MIKHAYLENKO